

# SED feiert die Bodenreform

Im Hintergrund: Neue Maßnahmen zur Sozialisierung der Landwirtschaft

Mit einem offiziellen Staatsakt und umfangreichen Festveranstaltungen begeht die SED am 3. September den zehnten Jahrestag der Bodenreform. Ländliche Parteiorganisationen und Zonenpresse versuchen dieses Ereignis seit Wochen durch oft kurioseste Rückgriffe in die Geschichte zu popularisieren. Dem unbefangenen Leser wird der Eindruck vermittelt, eine sozialistische Regierung habe 1945 den Grund und Boden der Gutbesitzer und Monopolkapitalisten freigiebig an die Kleinbauern und armen Landarbeiter verteilt, die dadurch bis 1955 zu wohlhabenden Besitzern stattlicher Bauernhöfe aufgestiegen sind. Die Bauern selbst wissen, was es damit auf sich hat. Sie wissen aber auch um jene Maßnahmen, die gerade jetzt hinter dem ganzen „Bodenreform“-Rummel vorbereitet werden, um die Reste bäuerlicher Privatwirtschaft zu „sozialisieren“.

Was geschah 1945? Auf Veranlassung der von der Besatzungsmacht aufgestellten Landtage wurde die entschuldigungslose Enteignung des gesamten privaten Grundbesitzes verfügt, soweit er über 100 ha betrug. Wohlweislich gab es dazu keinen der sonst obligatorischen SMA-Befehle: Die Sowjets wollten auf keinen Fall die Verantwortung für das verhängnisvolle Experiment übernehmen. Die Besitzer der enteigneten Gehöfte wurden aus ihren Landkreisen vertrieben, das Land den „Bodenkommissionen“ übergeben.

## Katastrophale Folgen

Die Folgen waren voraussehbar und katastrophal. Gut funktionierende Wirtschaften wurden — in buchstabenreuer Auslegung der Gesetze — auseinandergerissen und ohne Rücksicht auf agrarische Gegebenheiten neu aufgeteilt. Einen großen Teil schluckte der Staat — aus ihnen wurden „Volkseigene Güter“ — der Rest ging an Heimatvertriebene, Landarbeiter, Kommunisten und an Leute, die sich von einer vorübergehenden Umstellung auf Landwirtschaft wenigstens eine Überbrückung der Hungerszeit versprochen.

So kam es zur Hungersnot. Selbst den Gutwilligen war es unmöglich, aus den Fragmenten die Erträge herauszuholen, die einst von den Gütern gekommen waren. Die nun staatlichen Großwirtschaften aber bekamen eine korrupte, uninteressierte Verwaltung, die in erster Linie dafür Sorge trug, daß die neue herrschende Kaste besser versorgt wurde als die übrige Bevölkerung.

## Niemand wurde reich

Auch in der Folgezeit machte sich die Bodenreform für die SED nicht bezahlt. Die nun staatlichen Güter wurden heruntergewirtschaftet. Erst große Zuschüsse und laufende Subventionen machten sie wieder halbwegs flott. Die „Neubauern“ aber waren dem Verzweifeln nahe. Wohl hatte ihnen der Staat den Boden gegeben, aber er vermochte weder, ihnen ein Haus darauf zu bauen, noch das Vieh in den Stall zu stellen. Das „Neubauern-Bauprogramm“ wurde ein Fiasko. Noch heute leben Sowjetzonen-Bauern in halb abgerissenen Schweineställen ehemaliger Gutshäuser, stehen halbfertige Neubauernhäuser vor dem restlosen Verfall.

Als es soweit war, und als die zum Teil unerfüllbaren Ablieferungsnormen viele „Neubauern“ zur Flucht nach dem Westen getrieben hatten, setzte die SED den zweiten Teil ihres Planes in Aktion: Die Kollektivierung. Denn niemals haben die Kommunisten die Absicht gehabt, den Bauern das „reformierte“ Land zu übergeben. Sie wollten das in der Sowjetzone ebenso wenig wie nach 1917 in der Sowjetunion. Wie dort, so stand auch hier am Ende der „Bodenreform“ die Verstaatlichung des gesamten Bodens!

## Die Kollektiven

Wie die Kollektivierung vonstattenging, ist noch gut bekannt. Eine Massenflucht der Bauern setzte ein, die Versorgung ganzer Bezirke wurde aufs Spiel gesetzt. Diejenigen, die gestern von den „Bodenkommissionen“ Land „zu ewiger Nutzung“ erhalten hatten, die trieb man jetzt in die „Produktionsgenossenschaften“. Keine zehn Prozent derer, die damals Land erhielten, haben es heute noch in Besitz. Das allein ist die Wahrheit über die Bodenreform!

Und heute? Am 3. September ist der „Tag der Bodenreform“. Anfang Oktober aber treten neue Bestimmungen für die noch stärkere Bevorzugung ländlicher Produktionsgenossenschaften in Kraft. Dann geht der Staat mit einer Reihe weiterer Druckmaßnahmen gegen die Einzelbauern vor. So wie die SED am 5. Jahrestag des Handwerker-„Förderungsgesetzes“ die Statuten für die Handwerks-Kollektiven verkündete, wird der 10. Jahrestag der Bodenreform der Auftakt zur Schlußphase kommunistischer Kollektivierung sein.

J. B. Cradl:

## Vier Grundsätze

Nur noch knappe drei Wochen sind es bis zur Reise des Bundeskanzlers nach Moskau. Die innerdeutsche Aussprache über diese deutsch-sowjetische Begegnung wird also noch breiter und intensiver werden.

Der Anlaß und das, worum es letzten Endes geht, beides ist ungemein wichtig. Deshalb werden die politischen Auseinandersetzungen von Leidenschaft, Sorge, Spannung und Spekulation erfaßt und zugespitzt, und die Meinungsverschiedenheiten über die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung wirken sich aus.

### Gemeinsames Wollen'

Aber es wäre gut und es ist notwendig, den Versuch einer Einigung über gewisse Grundsätze zu machen, die tatsächlich gemeinsamer Wille der Deutschen sind. Ganz sicher kann jetzt nicht zwischen Regierung und SPD Übereinstimmung über das Problem Wiedervereinigung und NATO-Zugehörigkeit erzielt werden. Aber es gibt andere Fragen der Wiedervereinigungspolitik, über die Übereinstimmung besteht oder doch erzielt werden kann.

Wir haben im folgenden vier solche Grundsätze formuliert, die nach unserer Meinung erwägenswert sind, weil sie der Welt deutlich machen könnten, daß mehr gemeinsames Wollen in den Deutschen ist, als die unentwegten Auseinandersetzungen um EVG, NATO usw. in Erscheinung treten ließen und lassen:

1. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit des ganzen deutschen Volkes ist das wichtigste politische Ziel der Deutschen Bundesrepublik.

Das ist in solchen oder anderen Worten schon tausendmal gesagt worden — von allen Parteien, von der Bundesregierung, vom Bundestag in einmütigen Beschlüssen, von den deutschen Zeitungen und Rundfunkstationen. Soll man es also wiederholen? Ja, vor einem Weg nach Moskau ganz sicher

ja! Vorläufig ist die tatsächliche Politik der Sowjetunion nach den Erklärungen von Chruschtschow und Bulganin in der deutschen Frage eine Politik des nackten status quo. Um so zweckmäßiger wird es sein, von deutscher Seite erkennbar zu machen, daß alle deutschen Parteien den status quo ablehnen und daß nach deutscher Auffassung auf seiner Basis keine echte Entspannung, Befriedung und Befreundung zwischen Deutschland und Rußland entwickelt werden kann.

2. Eine innenpolitische Vorbelastung der deutschen Wiedervereinigung ist unannehmbar; die gesamtdeutsche innere Ordnung hat der freien Entscheidung des ganzen Volkes vorbehalten zu bleiben.

Das ist ebenfalls seit jeder allgemeine deutsche Überzeugung. Es schien eine Zeitlang, daß auch die sowjetische Politik dieses Prinzip schließlich anerkennen würde. Die bekannten sowjetischen Erklärungen in Genf und Ostberlin gegen „mechanische Vereinigung“ und für die „Errungenschaften“ der DDR müssen aber vermuten lassen, daß die sowjetische Politik die Wiedervereinigung von kommunistischen Vorbedingungen abhängig zu machen sucht. Ob dahinter nur Taktik oder feste Absicht steht, ist fraglich. Aber es kann der deutschen Wiedervereinigungspolitik mit dem Blickpunkt Sowjetunion nur dienlich sein, wenn vor der Moskauer Begegnung solche Versuche durch einhellige Abwehr von vornherein als Illusion und schädliche Belastung deutsch-sowjetischer Gespräche zurückgewiesen werden.

3. Es ist der dringende Wunsch aller Deutschen, auch zu Sowjetrußland die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen friedlich und positiv zu entwickeln und zu einem dauerhaft-guten Verhältnis mit der Sowjetunion zu gelangen.

Daß dafür von unserer wie von sowjetischer Seite mancherlei, zum Teil nicht einfach zu erreichende Voraussetzungen zu schaffen sein werden, ist bekannt. Aber nachdem jahrelang das Hinüber und Herüber von den Gegebenheiten des kalten

Krieges bestimmt war, kann es am Vorabend der ersten offiziellen deutsch-sowjetischen Begegnung nur nützen, wenn von allen deutschen Parteien eine solche Erklärung des deutschen guten Willens abgegeben wird.

4. Die Bundesrepublik ist bereit, an der Herbeiführung eines jeden kollektiven Sicherheitssystems in Europa mitzuarbeiten, auf das sich die Westmächte und die Sowjetunion einigen, sofern Deutschland an diesem System nicht gespalten, sondern wiedervereinigt beteiligt wird.

Die Tatsache, daß die Sicherheitsfrage in einem engen, von uns nicht auflösbaren Zusammenhang mit der deutschen Frage steht, besteht nun einmal, und die Sicherheitsfrage muß konstruktiv angegangen werden. Bei aller Verschiedenheit der innerdeutschen Auffassungen über Wiederbewaffnung, NATO usw. sollte deshalb über einen solchen Grundsatz Einigkeit bestehen. Die Sowjets werden vernünftigerweise nicht erwarten können, daß wir von uns aus ein System einseitig lösen, das uns mit den Mächten verbindet, die uns in schweren Zeiten verständnisvoll geholfen haben, mit denen wir weltanschaulich eng verbunden und denen wir durch Unterschrift verpflichtet sind. Die Westmächte wiederum werden uns nicht verdenken, daß auch wir zu Änderungen der jetzigen Gegebenheiten bereit sind, nachdem in und seit Genf von ihrer Seite die bestehenden Sicherheitssysteme offiziell zur Diskussion gestellt sind, zum Beispiel durch die Vorschläge Edens.

### Zusammenfinden!

Man wird diese in vier Punkten skizzierten Grundsätze — wir haben sie nur als Beispiele und des Prinzips wegen formuliert — in dieser oder jener Hinsicht kritisieren können. Man wird sie besser machen, erweitern, vermehren können. Entscheidend ist, daß man sich zusammenfindet. Und wir glauben, daß sich auf der Basis solcher Grundsätze eine einheitliche Stellungnahme aller freiheitlichen deutschen Parteien am Vorabend der Moskauer Konferenz sollte herbeiführen lassen.

# Gefangene hoffen auf Adenauer-Reise

## „Vorkommando“ bereits in Moskau — Letzte Vorbereitungen

Bonn (Eigenbericht). Während das Vorkommando des Bundeskanzlers schon in Moskau eingetroffen ist, wird in diplomatischen Kreisen Bonns der Zusammenhang zwischen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands stark hervorgehoben. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte: „Normale Beziehungen können nur in Beziehungen zwischen der Sowjetunion und einer deutschen Regierung bestehen.“

Er betonte, daß die Wiedervereinigung nicht als Vorbedingung angesehen werde, wies aber darauf hin, daß auch Moskau die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik als einen Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet habe.

Nach Ansicht politischer Kreise bestche kein Zweifel mehr an der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau. Auch die Zusammensetzung der deutschen Delegation wird allmählich deutlicher. Offenbar wird Außenminister Dr. von Brentano als einziger Minister den Bundes-

kanzler begleiten. Professor Erhard soll, obwohl in Moskau auch wirtschaftliche Fragen besprochen werden sollen, nicht an der Reise teilnehmen, dagegen sind die Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Kiesinger (CDU) und sein Stellvertreter, Professor Carlo Schmid (SPD), vom Auswärtigen Amt aufgefordert worden, sich der Delegation anzuschließen.

Zu den deutschen Wünschen für den Kanzlerbesuch, die der sowjetischen Seite mitgeteilt worden sind, gehört unter anderem, daß Adenauer und sein

engerer Stab in einem Flugzeug der Lufthansa nach Moskau fliegen wollen. Das Flugzeug soll über Dänemark und die Ostsee nach Leningrad fliegen, dort einen russischen Lotsen an Bord nehmen und die Reise nach Moskau fortsetzen. Auf diese Weise will man vermeiden, den Luftraum über der Sowjetzone zu berühren.

Die im Lager Friedland aus der Sowjetunion eingetroffenen Heimkehrer berichteten übereinstimmend, daß alle Hoffnung der noch in der UdSSR befindlichen deutschen Gefangenen auf eine baldige Heimkehr sich jetzt auf die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau richte. Unterrichtete Kreise in Bonn erklärten hierzu, daß den deutschen Gefangenen die Tatsache der geplanten Moskareise bekannt sei.

## Für klare Trennung!

### Bischof Mitzenheim in Paris

Paris (AP). Der lutherische Landesbischof von Thüringen, Bischof Mitzenheim, sprach sich in Paris für eine klare Trennung von Kirche und Staat in der Sowjetzonenrepublik aus.

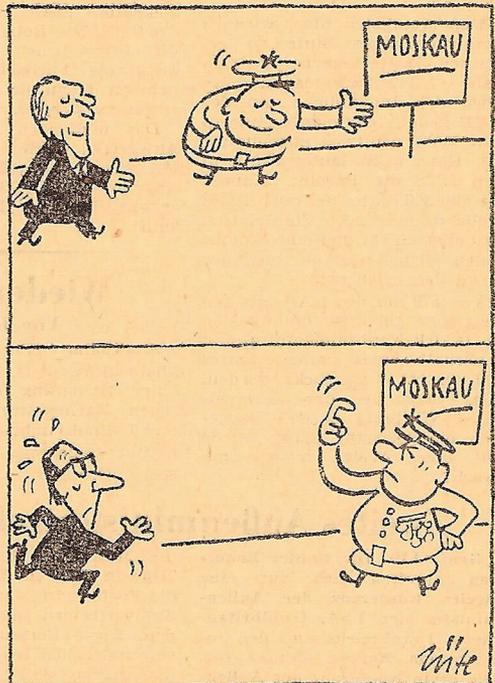
Mitzenheim, der anläßlich der 22. Weltkonferenz des Christlichen Vereins junger Männer in die französische Hauptstadt gekommen ist, erklärte in einem Interview: „Die Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik weiß, daß Christentum und atheistischer Materialismus unvereinbar sind. Aus diesem Grunde besteht die Kirche darauf und setzt sich für die Unabhängigkeit ein. Sie lehnt jede Art von Staatskirche ab.“

Bischof Mitzenheim, der am gleichen Tage

sein 64. Lebensjahr vollendete, ging auch auf die Versuche ein, an Stelle der Konfirmation die „Jugendweihe“ zu setzen. Er erklärte, von den Schulentlassenen seien nur ein bis drei Prozent zur Jugendweihe gegangen, fünf Prozent hätten an beiden teilgenommen.

### Vier Spione verhaftet

Frankfurt (AP/DPA.) Vier kommunistische Agenten, die im Auftrage des Sowjetzonen - Staatssicherheitsdienstes (SSD) alliierte Objekte und im Bau befindliche westdeutsche Wehranlagen auskundschaften sollten, sind in den letzten Tagen in Frankfurt verhaftet worden.



Der Unterschied zwischen Adenauer und Grotzwohl

## MTS-Werbung und was dahinter steckt

Vom Betrieb über den Traktor zur KVP

Funktionäre der ländlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) durchkürmen seit Mitte August jene volkseigenen Betriebe, die einen Überschuß an Lehrlingen und Jungarbeitern aufzuweisen haben. In Abteilungsversammlungen versuchen die MTS-Leute, diese Jugendlichen zur Berufsaufgabe und zur Umschulung als Traktorist zu überreden. Die dabei genannten Löhne und Ausbildungsmöglichkeiten haben bereits manchen verleitet, auf das Angebot einzugehen. Ein Teil von ihnen hat bereits den Verpflichtungsschein zur KVP in der Tasche.

Was die Werber bieten, ist eine zweijährige Berufsausbildung als Traktorist, mit späterer Aufstiegsmöglichkeit zum Brigadeführer oder Cheftechniker einer MTS. Der Umschüler erhält im ersten Halbjahr monatlich 75 DM Ost, im zweiten 90, im dritten 100 und im vierten 110 DM Ost.

Da es sich zumeist um Jungarbeiter handelt, stehen sie sich finanziell natürlich wesentlich schlechter. Man tröstet sie, indem man auf die später einsetzende Stundenlohn-Bezahlung verweist. Diese beträgt je nach Leistungsstufe 1,19 bis 1,37 DM Ost.

Den wenigsten aber wird es gelingen, diese Stufe zu erreichen. Spätestens nach einem Jahr Traktoristenausbildung wird der Jugendliche von der KVP geholt, der man gerade in den MTS schutzlos ausgeliefert ist. Ganz offen lautet heute in den MTS die Parole: „Kannst du einen Traktor fahren? Dann stelle dir nur noch Stahlplatten drumherum vor und eine Kanone innen drin, und du bist der beste Panzerfahrer!“

Von 879 auf diese Art aus den Betrieben geholten Traktoristen im Bezirk Neubrandenburg sind innerhalb eines halben Jahres 629 zur KVP geschickt worden. Was man bei der „Freiwilligen“-Werbung in den Betrieben nie geschafft hätte, wurde auf diese Weise zuwege gebracht.

## Zweites Außenministertreffen?

Genf (AP). Die Genfer Behörden bereiten sich auf eine zweite Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion Anfang Januar vor. Die erste Konferenz der Außenminister beginnt am 27. Oktober.

Allgemein wird erwartet, daß

Die jetzt in den Betrieben agitierenden MTS-Werber sagen davon natürlich nichts. Sie sprechen von Prämien und Nachtdrusch-Zuschlägen, durch die der Jungtraktorist angeblich auf 400 bis 500 DM Ost im Monat kommen soll. Jeder mag sich bei den oben erwähnten Zahlen ausrechnen, daß dies nicht möglich ist. Die Betriebe selbst sind froh, wenn sie auf diese Art Jugendliche los werden, die die KVP früher oder später doch holt. Scheiden diese nämlich vorher aus dem Betrieb aus, um erst auf dem Umweg über eine MTS in die KVP zu geraten, ist der Betrieb für den KVP-Rekruten nicht mehr verantwortlich. Die Betriebe brauchen die Jugendlichen später nicht mehr als Facharbeiter aufzunehmen, wenn sie aus der KVP entlassen werden.

Das muß sich der Traktor-Anwärter reiflich überlegen! Mit einem Eingehen auf das Angebot der MTS-Werber hat er sich in jeder Hinsicht verkauft.

## Bonn diskutiert Steuer

Bonn (Eigenbericht). In Bonn rüsten sich die Ministerien auf das Urlaubsende. Zu den wichtigsten Fragen, mit denen sich die Politiker zu befassen haben werden, gehört neben der Sozialreform und dem Kontrollgesetz auch die Frage, ob die günstige Kassenlage des Bundes eine weitere Steuersenkung möglich macht.

Man verweist dabei auch auf die hohen Steuereinnahmen, die Schäffers Schätzungen übertreffen, sowie auf die Verzögerung der Rüstung, die es unwahrscheinlich macht, daß die dafür im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel in diesem Finanzjahr ausgegeben werden können. Der Bundesfinanzminister wird sich nach Rückkehr aus seinem Urlaub mit der Frage der Steuersenkung zu beschäftigen haben.

## Die achte Million

Berlin (Eigenmeldung). Der Senat hat beschlossen, eine weitere Million zur Deckung der Unkosten zur Verfügung zu stellen, die durch die erhöhten Straßenbenutzungsgebühren in der Sowjetzone entstehen. Damit sind bisher insgesamt acht Millionen DM bewilligt worden.

## Wieder unbekannte U-Boote

Vor der Ostküste Schwedens gesichtet

Stockholm (AP). Vor der Ostküste Schwedens wurden nach einer Mitteilung der schwedischen Marineleitung drei weitere U-Boote unbekannter Nationalität gesichtet. Der schwedische Frachter „Bifrost“ er-

kannte die Boote im Bottischen Meerbusen in seinem Radargerät und kam so dicht heran, daß er schließlich seinen Kurs wechseln mußte, um sie nicht zu rammen. Die drei Boote folgten dem Frachter anschließend etwa 20 Minuten lang und tauchten dann unter.

In Schweden nimmt man trotz sowjetischer Dementis allgemein an, daß es sich bei den U-Booten, die in den letzten Wochen mehrfach vor der schwedischen Küste erschienen, um Teile der starken sowjetischen Ostsee-U-Boot-Flotte handelt.

die Minister selbst etwa zehn Tage in Genf bleiben und dann die Fortsetzung der Arbeit ihren Stellvertretern übertragen werden. Diese Beratungen werden voraussichtlich bis Weihnachten dauern, so daß dann Anfang Januar ein zweites Treffen der Außenminister stattfinden könnte.

# Jährlich 100 Kilometer Autobahn

## Bundesrepublik erweitert Straßennetz — Neue Strecken nach Dringlichkeit

Berlin (Eigenbericht). Der wachsende Kraftverkehr im Bundesgebiet hat nicht nur der Städteplanung dringende Forderungen gestellt. Auch das Netz der Autobahnen und Bundesstraßen mußte wesentlich erweitert und technisch verbessert werden, wollte man Herr des Verkehrs bleiben. Ein umfangreiches Bauprogramm wird nunmehr dieser Entwicklung gerecht. Die erforderlichen Mittel für den Bau von Autostraßen sind durch das Verkehrsfinanzgesetz für die nächsten 20 Jahre gesichert. Inzwischen ist bereits die Arbeit an neuen Autobahnstrecken begonnen worden.

Die Geburtsstunde der Autobahnen in Deutschland fällt nicht mit dem Baubeginn der Reichsautobahnen im Jahre 1933 zusammen. Der Autobahn-Gedanke ist viel älter. Jahrelang wurde geplant, um die notwendige Breite der Fahrbahnen, die Bauweise und Streckenführung festzulegen. Autobahnen sollten grundsätzlich zweibahnig gebaut werden, ausschließlich für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmt sein und keine Kreuzungen mit anderen Verkehrswegen aufweisen.

Die erste kreuzungsfreie Autobahn war die in den Jahren 1929 bis 1932 gebaute Strecke zwischen Köln und Bonn mit einer Länge von 20 km. Der erste Spatenstich für die spätere Reichsautobahn erfolgte auf der Strecke Frankfurt—Darmstadt im September 1933.

Die frühere Reichsautobahngesellschaft hatte zunächst nur ein Straßennetz von 4800 km vorgesehen. Diese Planung wurde bis zum Ende des zweiten Weltkrieges auf rund 14 000 km erweitert. Aber nur 3859 km Autobahnen konnten bis Kriegsende fertiggestellt werden. Wenn man diese Zahlen auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik bezieht, so sind von den 7900 geplanten Autobahnkilometern nur 2112 fertig geworden.

Die Planung des Bundesverkehrsministeriums sieht ein Autobahnnetz im Bundesgebiet mit einer Gesamtlänge von 4400 Kilometer vor. Davon sind bereits 2150 km in Betrieb.

### Was wird zuerst gebaut?

Bereits im Bau befinden sich zur Zeit die Autobahn-Abschnitte Rosenheim—Kufstein sowie Nürnberg—Tennenlohe. Zu den Strecken der Dringlichkeitsstufe I, die in den nächsten acht Jahren gebaut werden sollen, gehört eine der wichtigsten noch

fehlenden Verbindungen in Süddeutschland: die zwischen Nürnberg und Frankfurt a. M. Außerdem soll die Lücke in der Nord-Süd-Verbindung zwischen Hamburg und Göttingen endlich geschlossen werden.

In der Dringlichkeitsstufe I ist ferner der Bau der Strecken Karlsruhe—Offenburg, Wobenzach—Regensburg, Walsrode—Bremen, Köln—Kamen und Köln—Aachen vorgesehen. Zu den Projekten der Dringlichkeitsstufe II gehören die Verbindungen von Bremen nach Köln, von Kamen über Kassel zur Zonen-grenze, von Mannheim nach Nürnberg, von Nürnberg nach Passau, von München nach Lindau und von Offenburg nach Basel.

### Harmonie mit Bundesstraßen

Auch der Ausbau der Bundesstraßen soll in den nächsten Jahren stark gefördert werden. Es wird angestrebt, die Autobahnen und Bundesstraßen in ein großes organisches Verkehrsnetz einzubeziehen. Von den 61 Millionen DM, die zum Straßenbau im Etatsjahr 1955/56 vorgesehen sind, entfallen nur 11,3 Millionen DM auf die Autobahnen und 49,7 Millionen DM auf Bundesstraßen. Man rechnet damit, daß jährlich 100 km Autobahnen gebaut werden können. Für den Bau der in der Dringlichkeitsstufe I vorgesehenen Strecken sind acht bis zehn Jahre vorgesehen, für die Stufe II weitere zehn Jahre.

Beim Neubau von Bundesautobahnen wird man die Erfahrungen verwerten, die in den letzten zwei Jahrzehnten auf den Reichsautobahnen gemacht wurden. So wird es zum Beispiel keine Steigungen von mehr als vier Prozent mehr geben. Man hat festgestellt, daß Steigungen von sechs und sieben Prozent,

wie sie die alten Strecken der Reichsautobahn noch aufwiesen, zu große Ansprüche an schwere Lastzüge stellen. Bei der geplanten Strecke von Frankfurt nach Würzburg will man z. B. große Steigungen durch den Bau eines 400 m langen Tunnels im Spessart umgehen.

Auch ermüdende gradlinige Strecken sollen in Zukunft vermieden werden. Man will die Autobahn möglichst in leichten Kurven bauen. Die Verkehrssicherheit auf den Autobahnen soll ferner durch einen besonderen, 2,50 m breiten Abstellstreifen seitlich der Fahrbahnen erhöht werden.

Wenn sich Steigungen von mehr als vier Prozent nicht umgehen lassen, wird nach amerikanischem Vorbild eine dritte Fahrspur gebaut, so daß die im Anstieg langsamer werdenden Lastzüge ausweichen können.

Die bisher übliche Breite der beiden Fahrbahnen von je 7,50 m bleibt erhalten. Lediglich die befestigten Randstreifen werden erweitert, so daß sich der Gesamtquerschnitt der Autobahnen von 23,50 m auf 30 beziehungsweise bei Sonderfahrspuren für Lkw auf 32 m vergrößert. Die Kosten für den Neubau von einem Kilometer Autobahn mit Grundstückserwerb im Flachland werden auf 2 bis 2,5 Millionen DM geschätzt.

### Schranken verschwinden

Beim Ausbau des Bundesstraßennetzes sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Beseitigung von Engstellen in Ortsdurchfahrten, Umgehung von Ortschaften beim Neubau von Bundesstraßen.

Um- und Ausbau bestehender Bundesstraßen durch Verbreiterung, Begradigung, Profilverbesserung und Fahrbahnverstärkung.

Beseitigung von Bahnübergängen durch Über- und Unterführungen.

Die Bundesstraßen sollen in Zukunft eine Breite von 7,50 m haben, wobei die Fahrbahn an beiden Seiten einen 50 cm breiten hellfarbigen Randstreifen zur besseren „optischen Führung“ erhält.

## „Baukostenzuschüsse“ in der Zone

### Fragwürdiger „Arbeiter-Wohnungsbau“

Seit einem Jahr wird in Ostberlin der sogenannte „Arbeiter-Wohnungsbau“ durchgeführt, der allmählich auf fast alle Industriorte der Zone ausgedehnt werden soll. Sinn des Programms ist, unter weitmöglichster finanzieller Beteiligung der Arbeiter Werkswohnungen zu schaffen, deren Bewohner bei Arbeitsplatzwechsel „ausgesteuert“ werden. Wertvolle Mittel werden somit für das militärische und industrielle Bauprogramm freigemacht, während die Arbeiter praktisch etwas finanzieren, was ihnen im Plan ohnehin von staatlicher Seite versprochen worden ist.

Der Ablauf dieses Verfahrens ist folgendermaßen: Der Arbeiter oder Angestellte, der eine Werkswohnung erwerben will, zahlt einmalig etwa 300 DM Ost auf den Tisch und anschließend monatlich zwischen 30 und 50 DM Ost. Auf diese Art muß er einen Baukostenzuschuß zwischen 2500 und 4000 DM Ost ansparen, für den — ergänzt durch staatliche Zuschüsse — das Werk die ihm gehörende Wohnung bauen läßt.

Um auch hier noch die Kosten zu senken, werden die Bausparer verpflichtet, nach Maßgabe ihrer handwerklichen Fähigkeiten am Bau selbst mitzuwirken. Die Ausschachtungsarbeiten und der Materialtransport sind fast immer für die Sparer vorbehalten. Zum Teil werden ihnen diese Arbeitsleistungen später als Guthaben auf die Miete angerechnet.

Kann der Sparer nach mehreren Jahren „seine“ Wohnung beziehen, gilt sein Mietvertrag nur für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses in dem als Bauherr zeichnenden Betrieb. Scheidet er aus dem Betrieb aus, wird ihm die eingelegte Summe — mit gewissen Abzügen — ausbezahlt. Somit hat

er während vier oder fünf Jahren mit seinem Lohn den Werks-Wohnungsbau finanziert. Scheidet der Betreffende — was sehr häufig ist — vor Erhalt „seiner“ Wohnung aus dem Betrieb aus, hat er jahrelang für umsonst gespart. Er bekommt seine Einlage zurück und hat genauso wenig Aussicht auf eine eigene Wohnung wie zuvor.

Das hat dazu geführt, daß

## 40 Verletzte durch Giftgas-Übung

### Die Leidtragenden waren Reichsbahn-Bedienstete

Berlin (Eigenmeldung). In der zweiten Julihälfte haben, wie erst jetzt bekannt wird, Giftgasübungen sowjetischer Truppen bei Wustermark zu schweren Erkrankungen bei vielen Reichsbahnbediensteten geführt.

Die Truppen hielten ihre Übungen in unmittelbarer Nähe des Verschiebebahnhofs Wustermark ab. Das Gas wurde vom Wind über das Bahngelände in eine Umladehalle getrieben. Etwa 40 Reichsbahnbedienstete wurden so schwer vergiftet, daß sie in das Krankenhaus Nauen eingeliefert werden mußten. Genesende sind später bei der

zahlreiche Bausparverträge vorzeitig gekündigt wurden. Dazu kommen Erfahrungen, die man erst später machte, als nämlich festgestellt wurde, daß die Stadtverwaltungen hauptsächlich Sickerböden für den „Arbeiter-Wohnungsbau“ zur Verfügung stellen. Da die Betriebe den Boden nicht an die Stadt zu bezahlen brauchen, gibt man ihnen Flächen zur Bebauung, auf denen bereits nach wenigen Monaten die Fundamente ins Rutschen geraten. Laufende Reparaturen, die aus dem Genossenschaftsfonds zu zahlen sind, machen den Mietern das Leben schwer. Interessant ist, daß ausgerechnet die SED, die ständig gegen das System der Baukostenzuschüsse im Westen opponierte, zu dieser Notlösung greifen muß. Und noch dazu — wie man sieht — in betrügerischer Weise!

Entlassung zum Schweigen verpflichtet worden.

### Zu Tode mißhandelt

Berlin (DPA). Im Sowjetzonen-Zuchthaus Waldheim ist der hauptamtliche Prediger der Zeugen Jehovas, Paul Großmann aus Magdeburg, gestorben. Er soll am Karfreitag wegen eines Gebetes derart mißhandelt worden sein, daß er sich von den dabei erlittenen Verletzungen nicht mehr erholte.

### SSD-Agent sagt aus

Berlin (Eigenmeldung). Wie die Abteilung V des Polizeipräsidentiums bekanntgab, haben sich die Vermutungen, daß der in der vorigen Woche verhaftete 39jährige SSD-Agent Ludwig Schreiner mit der Menschenräuberbande Tietze, Horeis und Eichhorn in Verbindung steht, nicht bestätigt. Schreiner, der nach einer ausgiebigen Zechtour am Nollendorfsplatz wegen Randalierens und Belästigung von Passanten festgenommen worden war, habe ausgesagt, daß er seit Januar dieses Jahres im Auftrage des sowjetzonalen SSD als Agent tätig gewesen sei. Er habe in Westberlin zahlreiche Aufträge ausgeführt. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen.

## Wismut-Arbeiter verhaftet

### Angeblich „Verkehr mit nicht ganz einwandfreien Leuten“

Berlin (AP). Im Zusammenhang mit dem schweren Grubenunglück vom 16. Juli, das 33 Todesopfer forderte, sind in der vergangenen Woche im Bereich des Schachtkombinats zehn der sowjetisch-deutschen Wismut AG bei Niederschlema rund 100 Bergleute verhaftet worden. Dies berichtet der „Untersuchungsausschuß freier Juristen“.

Den Verhafteten wurde vor-

geworfen, in der letzten Zeit mit „nicht einwandfreien Leuten“ in Westberlin verkehrt zu haben. Unter den Festgenommenen befinden sich auch einige Bergleute, die bei dem Unglück verletzt wurden und sich in Bad Brambach zur Genesung aufhielten.

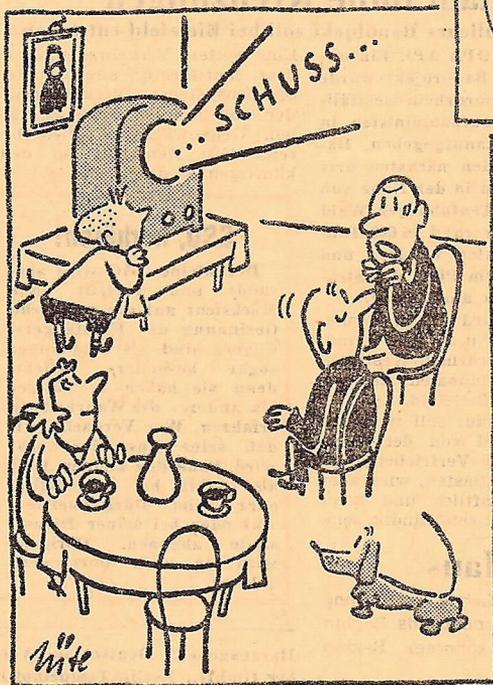
Das Grubenunglück sei auf die Entzündung eines überlasteten Stromkabels zurückzuführen, heißt es in dem Bericht des Untersuchungsausschusses.

## „Etwas zurückhaltend“?

Die Rede, die Grotewohl kürzlich in der sogenannten Volkskammer der DDR gehalten hat, wird außerhalb des Ostblocks einhellig als der Versuch des Pankower Regimes gedeutet, die Wiedervereinigung zu sabotieren, um sich nicht dem freien Urteil des deutschen Volkes stellen zu müssen.

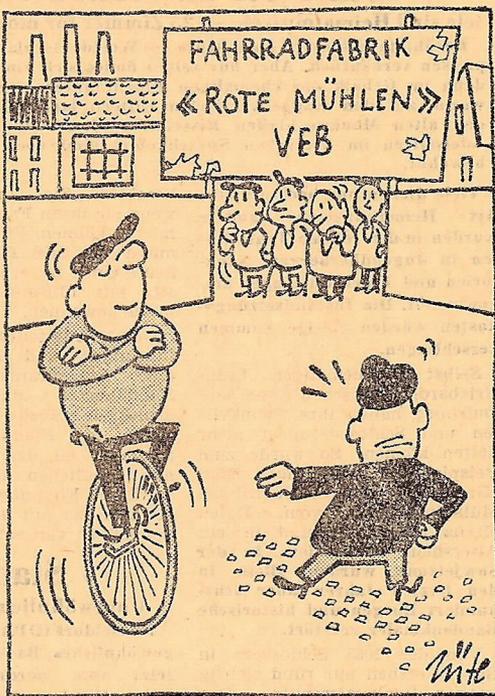
Für die kommunistische Einheitspropaganda war Grotewohl etwas zu weit gegangen. Das hat man in Pankow am westlichen Echo gemerkt. In solcher Situation muß der so bieder wirkende Otto Nuschke helfen. Seinen Auftrag, den schlechten Eindruck zu korrigieren, erfüllt er mit einem langen Aufsatz in seiner „Neuen Zeit“. In hundertzweiundvierzig Zeilen packt er einen Satz leiser Kritik an Grotewohl. Das lautet dann so: „Wenn Ministerpräsident Grotewohl in seinen konkreten Vorschlägen für die Schritt für Schritt notwendige Annäherung der beiden Teile Deutschlands etwas zurückhaltend war, so be-

## Länderkampf im Radio



„Wenn doch in Zukunft nur auf diese Weise geschossen würde...!“

## Materialeinsparung



„Genossen Werkkätigel! Aktivist Strampel zeigt euch, wie er den neuen Regierungserlaß erfüllt.“

stimmten ihn dazu eine kluge Taktik und eine schlimme Erfahrung.“

Nur „etwas zurückhaltend“? Nein, Herr Nuschke, das war eine glatte Blockaderede gegen die Wiedervereinigung, und der „stellvertretende Ministerpräsident“ Otto Nuschke deckt sie noch obendrein!

## Pankow verhinderte „Abende der Begegnung“

Berlin (DPA). Eine 30 Mann starke Jugendgruppe aus Ostberlin hat unmittelbar vor dem geplanten Reiseterrmin eine zehntägige Fahrt in das Bundesgebiet absagen müssen, weil die Sowjetzonen-Behörden im letzten Augenblick die Ausreisegenehmigung ablehnten. Die Jugendlichen hatten ihrem Ausreiseantrag Anfang Juni eine ausdrückliche Befürwortung des Zonen-Kultusministers Becher beigefügt. Sie wollten in mehreren Städten „Abende der Begegnung“ mit Laienspiel und Jugendsingen veranstalten.

## Schlösser zu verkaufen

Viele sind Heimatmuseen — 25 Zimmer für monatl. 200 DM

Berühmte Schlösser sind heute in Westdeutschland zu Spottpreisen verkäuflich. Aber nur selten findet sich ein Interessent, denn im Gebälk der ehemaligen Prachtbauten nagt der Holzwurm, auf den wappenverzierten Gittern lagert Rost, und in den alten Mauern klaffen Risse. Von den rund zehntausend Adelsitzen im deutschen Sprachgebiet sind noch dreitausend bewohnt.

Viele dienen nur noch als eine Art Heimatmuseum, andere wurden in den letzten Jahrzehnten in Jugendherbergen, Sanatorien und Flüchtlingslager umgewandelt. Die Instandsetzungskosten würden riesige Summen verschlingen.

Selbst die ehemaligen „Industriebarone“ zwischen Essen und Duisburg haben ihre Prunkvillen und Schlösser nicht mehr halten können. So wurde zum Beispiel der „Streithof“ Emil Kirdorfs in den Wäldern bei Mülheim-Ruhr vom Roten Kreuz aufgekauft und in ein Altersheim verwandelt. In der Sowjetzone wurden allein in den letzten Jahren über achthundert Burgen und historische Baudenkmäler zerstört.

Von den 1035 Schlössern in Bayern stehen nur rund siebzig unter Denkmalschutz. Den noch ausharrenden Schloßherren sitzt die Steuerfaust im Nacken. Sie müssen aus dem Erlös von Gemälden, Möbeln und Archiven die notwendigen Reparaturen

bezahlen. Sie sind oft froh, wenn sie ihren Familiensitz vermieten können. Für eine Jahresmiete von 2400 DM kann man heute einen bayerischen Herrensitz mit fünfundzwanzig Zimmern bewohnen.

Durch Ausstellungen, Schloßführungen und Einrichtungen eines Restaurants suchen die Schloßherren das drohende Schicksal abzuwenden, dem selbst die skandalumwitterten Schlösser an der Côte d'Azur nicht entfliehen konnten. Auch an ihren Eingangsporten hängen Schilder mit der Aufschrift: „Schloß zu verkaufen.“

## Margaret als Verkäuferin

Mit einem Tanz und dem Brauten eines Ochsen am Spieß feierte die königliche Familie Großbritannien auf Schloß Balmoral in Schottland den 25. Geburtstag der Prinzessin Margaret.

Die außerordentliche Beliebtheit der königlichen Familie ging aus den am Sonntag herausgegebenen Illustrierten hervor, die Fotos aus Abergeldie Castle in Schottland veröffentlichten, wo sich die gesamte königliche Familie als Verkäufer auf einem „Basar“ zugunsten der Dorfkirche betätigt hatte. Auch Margaret stand hinter Verkaufstischen und bot Kekse, Schals, Porzellan, Pfannen, Vasen und Nylonstrümpfe zum Verkauf an. Hunderte von Frauen drückten den Stand fast ein.

## Stadt ohne Kreuzungen

Ungewöhnliches Bauobjekt soll bei Bielefeld entstehen

Düsseldorf (DPA/AP). Ein ungewöhnliches Bauprojekt wurde jetzt vom nordrhein-westfälischen Wiederaufbauminister in Düsseldorf bekanntgegeben. Danach soll in den nächsten drei bis vier Jahren in der Nähe von Bielefeld am Teutoburger Wald eine Stadt für rund 16 000 Einwohner errichtet werden, und zwar nach einem Plan, der Straßenkreuzungen ausschließt.

Finanziert wird dieses „Senne-stadt“-Projekt u. a. vom Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bielefeld.

Die neue Stadt soll in erster Linie Bielefeld von der Überlagerung durch Vertriebene und Flüchtlinge entlasten, wird aber dabei wirtschaftlich und kommunalpolitisch selbständig sein.

Eine weitere Verkehrsneuheit in dem blattförmig angeordneten Straßensystem: Verkehrsschilder sollen weitgehend wegfallen. Gegenwärtig wohnen bereits 4500 Menschen auf dem künftigen Stadtgelände.

## Über 300 Flutopfer

New York (DPA). Die Zahl der Menschenleben, die die schwere Flutkatastrophe im Nordosten der USA gefordert hat, wird auf über 300 geschätzt.

Viele Hunderte werden noch vermißt, und es wird mit Sicherheit angenommen, daß eine große Anzahl von ihnen der Katastrophe zum Opfer gefallen ist.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfsplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Telefon: 66 54 31.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.